

Schiffahrt und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3666-3698. Telegramme: Ullrichshaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: nun-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. nun-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anwerbe] 15 Pf. Nr 429

FREITAG, 8. SEPTEMBER 1933

MORGEN-AUSGABE

Der Oberreichsanwalt an Branting

Die Bemühungen um Beweismaterial gescheitert

LEIPZIG, 7. SEPTEMBER. (WTB.)

In der Reichstagsbrandfrage hat Reichsanwalt Branting auf das letzte, feinerzeit veröffentlichte Schreiben des Oberreichsanwalts eine Antwort erteilt, aus der sich ergibt, daß er nicht geneigt ist, irgendwelches Beweismaterial dem Reichsgericht durch Vermittlung der Anwaltschaft oder der vorhandenen Verteidiger zu unterbreiten. Im übrigen hat Reichsanwalt Branting lediglich die im Umfang verzeilten Verfügungen über den Reichstagsbrand ohne Angabe von Beweismitteln wiederholt. Der Oberreichsanwalt hat darauf an Branting folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsanwalt! Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 28. v. M. Was dessen Inhalt stelle ich fest, daß Sie nicht bereit sind, das Reichstagsbrandmaterial angeblich in Ihrem Besitz befindliche Beweismaterial, sei es durch meine Vermittlung, sei es durch die der deutschen Verteidiger, dem Reichsgericht zur Verfügung zu stellen, was der Urteilsfindung zur Kenntnis zu bringen.

Ich muß deshalb zu meinem Bedauern meine Bemühungen, von Ihnen Beweismaterial, auch soweit es etwa zur Entlastung der Angeklagten dienlich sein könnte, zu erhalten, als gescheitert betrachten und vermag mir bei dieser Angelegenheit von einer Fortsetzung des Vertriebsverfahrens einen Erfolg nicht mehr zu versprechen.“

Rauwels will doch verteidigen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

AMSTERDAM, 7. SEPTEMBER

Rechtsanwalt Dr. Rauwels ist jetzt von den Verwandten des Reichstagsbrandflüchtlers nach der Lubbe erwidert worden, als Verteidiger vor dem Reichsgericht aufzutreten. Die Ver-

wandten von der Lubbe haben dabei schriftlich erklärt, daß sie keine Einwirkung im Sinne der Kommunikation auf Dr. Rauwels ausüben gedenken. Unter diesen Umständen hat Dr. Rauwels sich bereit erklärt, doch die Verteidigung zu übernehmen. Er wird dieser Frage zunächst an den Offizialverteidiger wie an den zuständigen Senat des Reichsgerichts sich mit der Bitte wenden, ihn als Verteidiger Lubbes zuzulassen.

Schwerin von Krojitz protestiert

Ein Schreiben an Layton

Der Reichsminister für Finanzen, Graf Schwerin von Krojitz, hat an den Herausgeber des „Economist“, London, Sir Walter Layton, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Sir Walter! Der von Ihnen geleitete „Economist“ vom 2. September befindet sich unter der Überschrift „Der Hitler-Terror“ über den Inhalt des „Brandbuchs für den Hitler-Terror und den Reichstagsbrand“, übernimmt eine einseitige Darstellung ohne Kritik oder Vorbehalt und läßt daran, ohne weitere Feststellungen abzuwarten, Schlusfolgerungen zu ziehen, die mir, wie Sie wissen, habe ich Ihnen und Ihrem Organ in den vergangenen Jahren stets im außerordentlichen Maß an Forderung entgegengebracht. Um so mehr bedauere ich, daß Sie dazu übergegangen sind, im „Economist“ einseitige Urteile über die Bedürfnisse in Deutschland zu veröffentlichen, die auch in solchen Kreisen, die wie ich zu Ihren Verehrern zählen, verweigert werden und ihre Vertiefung auf empfindlichste bedenklich machen.“

Ihr ergebener Graf Schwerin von Krojitz, Reichsminister der Finanzen.“

„Volksozialistisches Ehrengesetz“

Die Hilfsaktion in der Pfalz

NEUSTADT A. HDT., 7. SEPTEMBER

Das bereits angekündigte „Volksozialistische Ehrengesetz“, das die Grundlage einer Selbsthilfe-Aktion in der Pfalz bildet, ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden. Es handelt sich dabei um eine neue Organisation, die Sammlungen durchführt. Das „Ehrengesetz“ ist gewissermaßen das Statut dieser Organisation.

Im Artikel I heißt es, daß das pfälzische Volk sich das Ehrengesetz selbst gegeben habe. Im Artikel II wird gefordert, wer sich an dem Wesen und Inhalt der sozialistischen Volksgemeinschaft verzehe, über den Urteilen die durch ihren Sozialismus verbundenen Volksgenossen in ihrer Gesamtheit die Strafe aus. Ein solches Urteil spreche dem anderen das Recht ab, sich Volksgenosse zu nennen und antwinge die Gesamtheit, ihn als Volksgenossen zu betrachten.

Über die Durchführung dieses sozialistischen Ehrengesetzes macht ein Ehrengericht, das folgende Strafen verhängen kann: einfacher Beweis, strenger Beweis, einen auf bestimmte Zeit beschränkten Anteil des Ehrengesetzes der Volksozialistischen Ehrengesetze und als schwerste Strafe die Selbsthilfe. Sie hat den dauernden Entzug des Ehrengesetzes zur Folge und das Verbot, weiter an der Selbsthilfe teilzunehmen. Auch ist dem Geschädigten der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen der Volksozialistischen Selbsthilfe und der NSDAP verboten.

Die Strafen werden ausgesprochen in erster Instanz von dem „Preis-Ehrengericht“, im Berufungsfall von dem „Bau-Ehrengericht“ der Volksozialistischen Selbsthilfe. Das Urteil des Bau-Ehrengesetzes wird öffentlich durch Bekanntgabe in Zeitung, durch Plakatanschlag und auf Gemeindeebene veröffentlicht.

Die Organisation der Ehrengesetze ist folgende: Jedes einzelne Mitglied eines Betriebes, eines Amtes oder eines Geschäftes wird erfasst. Jeder Betrieb bildet eine Zelle für sich, die sich zu einem festen jährlichen Beitrag verpflichtet, der vom Betriebinhaber oder Vorsteher des Amtes abgeführt wird. Diese Betriebe, Ämter und Geschäfte führen auf ihren Selbsthilfeberichten, an

den Schaufenstern und an den Fabrikgebäuden das Ehrengesetz. Die korporativen Mitglieder der Ehrengesetze werden unter Angabe der tätigen Ausfertigung veröffentlicht.

150 Millionen aus der neuen Arbeitsbeschaffung bewilligt

Vom Kreditausschuß der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. „Efa“ sind weitere Darlehen im Betrage von rund 18 Millionen RM für eine Reihe von volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitisch bedeutsamen Maßnahmen zur Verfügung gestellt worden, u. a. wurde für den weiteren Ausbau der Landesmassenerzeugung Württemberg ein Betrag von 3 Millionen RM bewilligt. Die Rhein-Main-Donau-A.-G. erhielt für den Ausbau der Staustufen Zaulsdorf, Eidel und Bengelitz 4,5 Millionen RM.

Zusammen mit den vom Vorstand der „Efa“ und vom Kredit-ausschuß und Vorstand der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ausgesetzten Bewilligungen sind hiernächst aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Hitler bereits Mittel in Höhe von über 150 Millionen RM vergeben.

Eine Annaprade Starhembergs

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 7. SEPTEMBER

Die Wiener Beamtenschaft veranlaßte heute auf dem Flusplatz in Apenra für den aus Italien und von seiner Begattung mit Mussolini zurückgekehrten Fürsten Starhemberg eine Zeremonie. Sicherheitsminister Major Fey begrüßte Starhemberg mit den Worten: „Wir stehen fest und freuen uns sehr und hoffen, daß Sie uns in eine bessere Zukunft führen wird.“ Starhemberg erwiderte, was er in Italien gesehen habe, hätte den höchsten Eindruck auf ihn gemacht. Nur ein solches öffentliches Regime könne derartige erröthen und darum müsse unter allen Umständen danach getrachtet werden, daß auch in Österreich daselbe System zur Herrschaft gelangt. Das sozialistische System werde bei diesem Kampf auf Seiten der Beamtenschaft stehen.

Kontrollwahn

Am 18. September sollen in Paris Besprechungen über die Abrüstungsfrage (vielleicht nicht nur über die Abrüstungsfrage) stattfinden. Vermutlich wird Norman Davis, Amerikanischer Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, an ihnen teilnehmen; sicher ist das allerdings noch nicht. Und unklar ist ebenso, ob er vorher noch dem deutschen Außenministerium in Berlin einen Besuch abzustatten gedenkt. Von englischer Seite ist zunächst nur Herr Eden angemeldet, nicht Sir John Simon selber. Das deutet darauf hin, daß die Engländer nicht die Absicht haben, sich in Paris zu bündeln, sondern, daß Herr Eden erst noch in London zu bereden haben wird, bevor Abstimmungen fallen.

Die Pariser September-Besprechungen werden die direkte Fortsetzung jener Unterhaltungen sein, die ebenfalls in Paris kurz vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz gepflogen wurden. Damals entwickelten die Franzosen ihren englischen und amerikanischen Göttern ihr neues Programm. Satten sie bisher die These vertreten: erst Sicherheit, dann Abrüstung. — So ließen sie ihre Sicherheitsforderung nur zurückfallen. Sie wollten die Sicherheit als Mittel für ausgezeichnete Dienste geliefert, aber sie hatte große Nachteile. Erstens waren irgendwelche praktischen Resultate auf dem Gebiete der Sicherheit nicht zu erzielen, und zweitens begann die Welt der Sicherheitspolitik allmählich überdrüssig zu werden. So erfordern man etwas Neues, und zwar etwas grundlegend Neues. Der französische Gedanke wurde dahin gerichtet, daß die Sicherheitsforderung fallen gelassen, die Sicherheit als Bedingung für die Abrüstung angesehen wurde. Die internationalen Abrüstungskonferenzen sollen sofort beginnen, man solle ihre Dauerhaftigkeit eine Reihe von Jahren hindurch erproben, und erst, wenn diese Probezeit glücklich überstanden ist, solle man mit der Abrüstung beginnen. Das hieß mit anderen Worten, daß an dem Abrüstungsstand der einzelnen Staaten überhaupt zunächst nichts geändert werden dürfe, sondern daß zunächst einmal die Durchführbarkeit von Kontrollmaßnahmen historisch erprobt werden sollte, die an sich zwecklos einen gewissen Wert an die Handlung einer jeden Abrüstungskonvention bilden müssen.

Eine Zustimmung der Engländer und Amerikaner zu den französischen Vorschlägen war zu jener Zeit nicht erreichbar. Es folgten die notwendigen Bemühungen der Franzosen auf der Londoner Konferenz, Abrüstungsfragen in Gang zu bringen. Es folgte die erste Europa-Fahrt des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, die nicht sehr erfolgreich gewesen zu sein scheint, und der eine zweite folgen sollte, von der man aber seit ihrer Antändigung nichts weiter gehört hat und die aufgegeben worden zu sein scheint. Erst Mitte September also begannen die Besprechungen wieder, an denen nach den letzten Verhandlungen auch Deutschland teilnahm. Sie begannen in Form von Separatverhandlungen einer, wenn nicht unbedingt ausfallungsgebenden, so doch eminent wichtigen Mindergruppe.

Die Franzosen haben diesen Besprechungen mit außerordentlichem Optimismus entgegen. Sie vertreten die Anschauung, daß Engländer sowohl wie Amerikaner für ihren Plan nurmehr gemein seien, und ihre Beschlüsse nicht die Bestätigung zu erwecken, als ob man nur nach Paris komme, um den Franzosen Dank und volle Zustimmung für ihre Ideen auszusprechen. Man begrüßt es als das hoffnungsvollste Zeichen, daß die Amerikaner an eine Vertiefung von Schuldfrage und Abrüstungsfrage nicht mehr denken, worin man sich auf dem Gebiet von Norman Davis beruht, die Welt vernünftig werden, die aber, ob richtig oder unrichtig, die Tatsache doch wohl richtig wiedergeben, daß man in Washington Schuldenfrage und Abrüstungsfrage voneinander getrennt zu halten wünscht. Man hat sich in Paris vor allen Dingen darüber vereinigt, daß auch die Amerikaner die Kontrollfragen in den Vordergrund stellen, ebenso wie die Engländer, was auch aus gewissen englischen Briefstellungen hervorgeht. Man überließ dabei, daß sowohl Engländer wie Amerikaner die Kontrolle mit der Abrüstung zu verbinden gedenken, während man in Paris entschlossen ist, Abrüstungsverpflichtungen auf keinen Fall zu übernehmen. Soweit man die Standpunkte bis jetzt übersehen kann, lassen sie sich dahin resumieren, daß die Franzosen Kontrolle ohne Abrüstung, die Engländer aber Kontrolle mit Ab-

Unsere vierte Seite

Tribüne | Jubiläum der Sklavenbefreiung | Zwischen ihnen und uns: die Metaphysik | Hippokrates und Ignaz von Loyola | Luxemburg, einst und jetzt